



Zwischen Weser und Rhein

"Das ist ein historischer Einschnitt"

Interview 1: Achim Post, Bundestagsabgeordneter aus Minden und Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas, fordert die EU dazu auf, mehr Bürgernähe zu zeigen. Für Großbritannien erwartet er eine politische und soziale Zerreißprobe

Herr Post, wie ist die Stimmung im politischen Berlin nach der Brexit-Entscheidung?

ACHIM POST: Die Stimmung ist schon sehr ernst, weil viele der Abgeordneten gehofft hatten, dass es noch mal gutgeht. Aber sie ist nicht panisch. Wir erleben gerade einen historischen Einschnitt. Doch ich bin überzeugt: Das ist nicht das Ende der Europäischen Union. Aber natürlich hätte ich mir einen anderen Ausgang des Referendums gewünscht.

Welche Konsequenzen sollte die EU nun ziehen?

POST: Große Mitgliedsstaaten wie Italien, Frankreich oder Deutschland haben ein Interesse daran, dass sich Europa auf die großen Aufgaben konzentriert. Die Leute wollen, dass sich die EU um internationale Sicherheit oder Zuwanderungsfragen kümmert. Sie wollen aber nicht, dass sie sich in alles einmischt. Aber was Entscheidungsfindungen angeht, ist die europäische Demokratie schwieriger als in den Mitgliedsländern selbst.

Mit welchen Inhalten kann die EU bei den Wählern punkten?

POST: Wir müssen mehr für Wachstum und gegen Jugendarbeitslosigkeit tun. Wir müssen mehr für Gerechtigkeit durch harte Maßnahmen gegen Steuerflüchtlinge und Steueroasen tun. Und wir müssen das auch kommunizieren. Unter dem Strich bin ich überzeugt: Die EU wird weiter Bestand haben. Das war schon mit sechs Mitgliedern so und wird mit künftig 27 nicht anders sein.

Wie weit darf europäischer Zentralismus gehen?

POST: Völlig klar: Europa muss sich auf das Wesentliche konzentrieren. Die EU sollte sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen sie einen klaren Mehrwert hat. Umweltpolitik ist dafür ein gutes Beispiel, da Umweltkatastrophen nicht an nationalen Grenzen Halt machen.

Ist es möglich, dass es letztlich gar nicht zum Brexit kommt?

POST: Das ist eine gute Frage. Es wäre für jede Regierung in Großbritannien schwierig, so etwas zu vertreten. Das wäre eher theoretisch denkbar, wenn die Briten bei der Umsetzung des Scheidungsprozesses zwischen der EU und Großbritannien plötzlich doch zu viele Bedenken über ihre eigene Entscheidung hätten. Ich halte eine Lösung wie bei Norwegen oder der Schweiz für wahrscheinlicher. Dies bedeutet: Die Regeln des EU-Binnenmarktes werden von Großbritannien übernommen, die Briten dürfen darüber aber nicht mehr mitbestimmen.

Die Kooperation zwischen der EU und Großbritannien wird aber gut bleiben?

POST: Ganz sicher. Dafür ist Großbritannien ein zu großer Handelspartner. Zudem ist das Land Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Aber ich fürchte, für Großbritannien selbst wird dieser Schritt Auswirkungen haben, die man dort im Moment noch gar nicht absehen kann.

Gilt das auch für die innenpolitische Situation dort?

POST: Ich fürchte, ja. Was Cameron da gemacht hat, war mehr als das Spiel mit dem Feuer. Britische Medien haben es so formuliert: Er hat dem Monster versucht, immer mehr Futter zu geben und dabei übersehen, dass das Monster immer stärker wurde. Damit sind die Anti-EU-Kräfte auch und gerade in seiner eigenen Partei gemeint.

Wie geht es mit der britischen Gesellschaft nun weiter?

POST: Ich denke, es gibt eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Schotten noch mal ein Referendum abhalten und für ihre Autonomie stimmen werden. Und sie könnten und würden dann einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellen. Es bestünde außerdem die Möglichkeit, dass so etwas auch in Nordirland und Wales passiert. Cameron hätte dann aus Großbritannien Klein-England gemacht.

Das klingt alles nicht sonderlich beruhigend.

POST: Ja, das stimmt. Aber es ist trotzdem wichtig, dass man die Ruhe behält. Letztlich müssen wir uns alle in Europa folgende Grundsatzfrage stellen: Wollen wir, dass die Völker Europas ihre Zukunftsaufgaben gemeinsam angehen oder wollen wir dieses große Friedensprojekt künftig Nationalisten überlassen? Ich jedenfalls stehe für ein Europa der Freiheit und Solidarität - gegen Nationalismus und Rassismus.

Das Gespräch führte Matthias Bungeroth